

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

75. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 13. November 2003

I n h a l t :

Nur TOP 12

Errichtung einer Stiftung „Staatsoper Unter den Linden“

(A)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Dr. Peter Gauweiler, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Natürlich muss man sich bei Ihnen allen und auch bei unseren Zuschauern herzlich bedanken, zu dieser Stunde überhaupt noch sprechen zu dürfen. Eigentlich sollten wir besser woanders sein, am besten in der Oper.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Warum? Vor 24 Stunden waren einige von uns Zeuge einer eindrucksvollen Veranstaltung im Kanzleramt, bei der es um die schönen Künste ging.

(Zuruf von der SPD: Die war sehr gut!)

– Sie war in der Tat sehr gut. – Ich bedanke mich für die Einladung. Da das gesprochene Wort gilt, bekenne ich, dass ein Satz von Ihnen bei mir besonders haften geblieben ist, Frau Ministerin Weiss. Sie sagten nämlich – darum geht es heute –, Kultur mache glücklich.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wollen wir es mal hoffen!)

(B)

Niemand weiß so gut wie diejenigen, die sich mit den schönen Künsten gern beschäftigen und sie auch genießen, dass es ein ganz besonderes Unglück ist, wenn Kultureinrichtungen kaputtgehen oder unnötig zugrunde gerichtet werden.

Wir haben gerade eine interessante Debatte über **Hinterlassenschaften der ehemaligen DDR** gehört. Zu einem weiteren, nicht immer rühmlichen Kapitel gehört die Frage des Umgangs mit Kulturgütern – Museen, Orchestern, örtlichen Theatern – in den Ländern der ehemaligen DDR. Jeder weiß, wie viel Frust und Ärger hier entstanden ist. So reden wir nun über eine Staatsoper, die über viele Generationen hinweg als das bedeutendste Opernhaus von ganz Deutschland galt und die in unseren Tagen einer der wichtigsten Kulturorte des wiedervereinigten, europäischen Deutschlands ist: die Staatsoper Unter den Linden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Über dieses Thema wird heute nicht nur im Deutschen Bundestag, sondern wurde heute auch im **Berliner Abgeordnetenhaus** diskutiert. Sie wissen, dass der Kultursenator von Berlin, Herr Flierl, ein ganz bestimmtes Konzept ausgearbeitet hat, das offensichtlich mit der Bundesregierung abgestimmt ist. Über dieses Konzept hat heute im Berliner Abgeordnetenhaus kein Vertreter der CDU oder der FDP, sondern eine Vertreterin der Grünen wie

folgt geurteilt. Mir liegt hier eine Meldung des „Deutschen Depeschen Dienstes“ von vor wenigen Stunden vor, in der es heißt:

Grünen-Kulturexpertin Alice Ströver kritisierte im Berliner Abgeordnetenhaus heute das Senatskonzept als Etikettenschwindel.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Die Behauptung der Koalition, wonach Berlin auf Dauer drei Opern finanzieren könne, sei Augenwischerei.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wo sie Recht hat, hat sie Recht!)

Damit bestätigt diese Politikerin, was vor wenigen Tagen in einem Interview des „Tagesspiegels“ mit Herrn Holender, dem langjährigen Direktor der Wiener Staatsoper, zu lesen war. Herr Holender wurde als aktueller Berater der Berliner Kulturszene gefragt, was hinter den merkwürdigen Plänen des Senators stecke. Er antwortete, dahinter stecke „ein milder Weg zur Vereinigung“. Damit ist gemeint, man wolle sich heute nicht bekennen und nicht offen zugeben, dass man in Berlin keine drei Opernhäuser halten könne.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie werden sich wundern, warum sich hier ein Vertreter aus München des Anliegens der Erhaltung der Berliner Opernlandschaft annimmt. Ich glaube, dass diejenigen Recht haben, die sagen, es sei allem Föderalismus zum Trotz **eine gesamtstaatliche Aufgabe**.

(Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

– ich habe dies immer getan und kann dafür auch Belege nennen –, dass wir alle für Berlin als Kulturhauptstadt des wiedervereinigten Deutschlands einen Beitrag leisten müssen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist Bayern denn bereit, dafür etwas zu opfern?)

Es gibt einen prominenten Bayern, August Everding, der vor zehn Jahren in seiner Rede anlässlich der Protestveranstaltung des Deutschen Bühnenvereins in Berlin zur Schließung des Schiller-Theaters, das zu Ihrer Freude die andere politische Seite zu verantworten hatte, Folgendes erklärt hat:

Hier soll ein Zeichen gesetzt werden – ein falsches. Hier soll gespart werden – so nicht. Das hat Schiller nicht verdient. Und Berlin auch nicht.

Er schließt:

Natürlich weiß ich um die Finanznöte in unserem wiedervereinigten Land. Erst recht um die Notwendigkeit des Sparens, auch in der Kultur, auch im Theater. Ich weiß aber auch, wie wichtig gerade in diesen Zeiten fehlender Orientierung, materieller Not und

- (A) mangelnder Perspektiven die Kultur ist: ja, auch als Lebenshilfe.

Ich halte es für ein Armutszeugnis, dass wir in unserem wiedervereinigten Land, in dem Geld in so vielen Fällen unnötig rausgeschmissen wird – jede Politikerin und jeder Politiker in diesem Rund kennt genügend Beispiele –, nicht die Kraft haben sollen, ein Opernhaus dieser Qualität zu unterstützen und seine Sache zu der unsrigen zu machen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es waren Sie, Frau Weiss, die geschrieben hat:

Wo Theater und Museen geopfert werden, nur weil man nicht bereit ist, den steinigen Weg der Reformen zu gehen ...

An einer anderen Stelle steht:

Schließungen sind immer nur das Ergebnis von kunstfeindlicher Denkfaulheit.

Denkfaulheit steckt auch hinter Ihrer Vorgehensweise. Man muss sich nur die einzelnen Konzepte ansehen, die im Gespräch sind, um das zu erkennen.

Es geht um ein Opernhaus, in dem Sie jeden Abschnitt der deutschen Geschichte vor Augen geführt bekommen können. Der **Vorsitzende des Freundeskreises der Staatsoper**, der frühere Außenminister Genscher,

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das ist ein guter Mann!)

- (B) hat zu Recht erklärt: Hätte sich die Staatsoper während der Teilung Deutschlands in Westberlin befunden,

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Genau!)

gäbe es keine Debatte darüber, dass der Bund über die Stiftung Preußischer Kulturbesitz seine Verantwortung für dieses Haus wahrnimmt.

Es ist nicht zu verstehen, warum Italien, Österreich oder Frankreich – –

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist südlich des Weißwurstäquators!)

– Wenn Sie bei diesem Thema nur Gedanken an Weißwürste im Hinterkopf haben, dann müssen Sie nicht mir ein schlechtes Zeugnis ausstellen, sondern sich selbst. Herzliches Beileid, Herr Kollege! Jeder blamiert sich, so gut er kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Es ist nicht einzusehen, warum sich andere Länder, die eine viel schlechtere Finanzausstattung haben, eine eigene Staatsoper leisten können, die Wirtschaftsmacht Bundesrepublik Deutschland in ihrer Mitte aber nicht.

Sie haben die Länder angesprochen. Ein **Stadtstaat** kann selbstverständlich keine drei Opernhäuser unterhalten. Ich frage Sie: Warum ist eigentlich keine Regelung hinsichtlich der Staatsoper Unter den Linden in den Wiedervereinigungsvertrag aufgenommen

worden? Zum einen sollte damals die Hauptstadtfrage nicht angetastet werden. Das war damals Konsens zwischen allen Seiten dieses Hauses; das wissen Sie ganz genau. Zum anderen wurde die Frage nach dieser Oper als ganz kleines Detail im riesengroßen Werk, das damals bewältigt werden musste, von allen politischen Seiten schlicht und ergreifend übersehen.

Auch München oder Hamburg können keine drei Opern unterhalten. Die Alternative lautet deswegen, dass entweder die Oper geschlossen werden muss oder dass wir bereit sind, dieses Anliegen auf unsere Fahnen zu schreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP – Monika Griefahn [SPD]: Sie sind ja sogar gegen eine Bundeskulturstiftung!)

Die Übernahme der Staatsoper durch den Bund wäre ein Zeichen dafür gewesen, dass wir nicht irgendwelche juristischen Konstruktionen schaffen und die Kulturpolitik total verrechtlichen wollen, sondern dass wir sichtbar machen, dass es uns ernst damit ist.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Gauweiler, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Vollmer?

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Wenn das nicht von meiner Zeit abgeht, ja.

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich möchte Ihnen folgende Frage stellen: Warum sagen Sie nicht offen, dass die Übernahme der Staatsoper durch den Bund im Gegenzug bedeuten würde, die **Deutsche Oper** in Westberlin zu schließen?

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Was denn? – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das ist doch Unsinn!)

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Ich sage offen, dass genau das nicht das Ergebnis wäre. Das Gegenteil ist richtig. Sie versuchen mit dieser Konzeption – übrigens im Widerspruch zu Ihren Parteifreunden im Berliner Abgeordnetenhaus – zu verdecken, dass das Konzept des rot-roten Senats in Berlin darauf hinausläuft, eine große Opernfusion durchzuführen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sie brauchen sich ja nur diesen GmbH-Salat anzuschauen, den Herr Flierl angerichtet hat. Es ist immer verhängnisvoll, wenn Staatssozialisten einen auf marktwirtschaftlich machen.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Oh Gott! – Monika Griefahn [SPD]: Das ist aber eine alte Kampflinie!)

– Das ist nicht die alte Kampflinie.

- (A) (Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Es ist schon in Ordnung, ein wenig Ideologie hineinzumischen!)

Es wurde heute erklärt, dass das Berliner Konglomerat ab dem 1. Januar 2004 seine Tätigkeit aufnehmen könnte. Ich biete allen Anwesenden eine hohe Wette um eine Einladung in die Staatsoper und danach zum Abendessen an

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Oh ja, mit Weißwurst! – Gegenruf der Abg. Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weißwurst isst man am Abend nicht!)

– Herr Kollege, Sie bekommen eine Weißwurst von mir persönlich überreicht –, dass bis zum 1. Januar 2004 keine einzige der GmbHs, die dann ihre Tätigkeit aufnehmen sollen, gegründet sein wird. Es geht hierbei um eine Ballett-GmbH, eine Service-GmbH und weitere GmbHs mit riesigen Führungsapparaten, in denen jede Menge Politiker und Senatoren vertreten sein sollen, aber kein einziger Musikdirektor, was übrigens kennzeichnend für das Weltbild ist, das hinter diesen Apparaten steckt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte noch etwas sagen. In der gestrigen Fragestunde ist zutage getreten, dass Frau Weiss in den nächsten Wochen oder gar Tagen

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: „Tagen“ hat sie gesagt!)

- (B) eine **Verwaltungsvereinbarung** mit dem Berliner Senat unterzeichnen will. Ich möchte Sie hier in aller Form bitten, davon Abstand zu nehmen.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Die Verwaltung kann eine Verwaltungsvereinbarung nur dann unterzeichnen, wenn sie dazu befugt ist. Wird durch eine Verwaltungsvereinbarung eine grundsätzliche Vorfestlegung über die Verwendung von Haushaltsmitteln getroffen, so steht dies grundsätzlich unter dem Haushaltsvorbehalt. Wir befinden uns mitten in den Haushaltsberatungen des Deutschen Bundestages. Die Haushaltsgesetze werden frühestens Anfang Dezember verabschiedet sein.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Am 28. November!)

Es ist absolut unzulässig, dass die Verwaltung in den nächsten Tagen, mitten während der Haushaltsberatungen, im Wege der Vorfestlegung eine Vereinbarung schließt, durch die die Beratungen des Parlaments letzten Endes überflüssig gemacht werden sollen, um hier eine Art der politischen Vorwegbindung zu erreichen.

Ist es wirklich wahr – das müssen Sie ja besser wissen als wir –, dass diese Verwaltungsvereinbarung nicht einmal einen **Parlamentsvorbehalt** enthält? Wenn das so ist:

Finden Sie als Parlamentarier, die Sie das Befürworten und das Ablehnen unseres Antrags, also das Für und Wider, abwägen – wobei die Reihen bei Ihnen, wie Sie selbst wissen, nicht so dicht sind, wie Sie immer behaupten –, das wirklich richtig?

Frau Weiss, Sie sprechen jetzt gleich zu uns. Ich bitte Sie, die Gelegenheit zu nutzen, uns erstens zu erklären, ob in den vorliegenden Entwurf ein **Parlamentsvorbehalt** eingefügt wurde und uns zweitens zu versichern, dass Sie die Bundesrepublik Deutschland ohne eine abschließende Behandlung in diesem Hause nicht in entsprechender Weise festlegen werden.

(Beifall des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP])

Alles andere wäre nicht nur politisch schädlich, sondern auch rechtswidrig. Das sollten Sie nicht tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat die Staatsministerin Dr. Christina Weiss.

Dr. Christina Weiss, Staatsministerin beim Bundeskanzler:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als ich das erste Mal von diesem Antrag hörte, über den wir heute befinden, glaubte ich, irgendjemand hätte die Zeit zurückgedreht. (D)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Debatte über die Staatsoper und die herausragenden Kultureinrichtungen der DDR gehört doch ins letzte Jahrhundert, in eine Zeit, die mehr als zehn Jahre zurückliegt. Der damalige Bundeskanzler Kohl hatte die Frage übrigens längst beantwortet: Er konnte sich weder für die Berliner Kultur noch für eine Bundesoper erwärmen. Über die 28 Millionen DM, die er für die Berliner Kultur zu erübrigen gedachte, wollen wir vornehm schweigen; denn inzwischen finanzieren wir die Berliner Kultur mit jährlich 407 Millionen Euro.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele Reförmchen und viele gescheiterte Reformen später sind wir nunmehr dabei, der Berliner Opernlandschaft endlich zu einem tragfähigen Fundament zu verhelfen. Bitte rufen Sie sich in Erinnerung: Als wir im letzten Jahr diese Debatte begonnen haben, war die **Bedrohung der Deutschen Oper** in der Tat groß. Es war meine Aufgabe als Staatsministerin für Kultur, die Hauptstadt unseres Landes vor einer solchen Peinlichkeit zu bewahren.

Man hat ein wenig den Eindruck, dass Sie die ganze Diskussion dieses Jahres verpasst haben und dass Sie sich nun vor den Karren von Einzelinteressen spannen lassen,

(A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)
um im letzten Moment durcheinander zu bringen, was längst auf einem guten Wege ist.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: So sehr gut ist der Weg wohl nicht! Keiner will ihn haben, kein Intendant, niemand!)

Uns geht es um Hilfe zur Selbsthilfe. Ich will es noch einmal sagen: Der Bund beteiligt sich an der Opernreform indirekt, indem wir dem Land Berlin durch die Übernahme der Akademie der Künste, der Stiftung Kinemathek und des Hamburger Bahnhofs den Spielraum zur Reform geben.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Wenn wir die Oper übernehmen, wäre der Spielraum noch größer!)

Mit dem Geld, das im Berliner Kulturhaushalt verbleibt, geben wir die Chance zu einer Reform.

Ich will gerne wiederholen, was gegen die Übernahme der Staatsoper spricht. Die drei Opernhäuser brauchen wie jede Kulturinstitution dringend eine **Strukturreform**.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Der Kauf eines nicht reformierten Opernhauses würde die Probleme nur verschieben. Die Frage, was mit der Deutschen Oper und der Komischen Oper passiert, würde damit nicht beantwortet und die Bundesregierung müsste als Erstes eine Theaterreform angehen.

(B)

Wichtiger – von der Opposition vielleicht absichtsvoll verschwiegen – ist die Frage nach den **Kosten**. Derzeit beteiligt sich der Bund mit 22 Millionen Euro zusätzlich an der Berliner Kultur.

(Beifall der Abg. Monika Griefahn [SPD])

Zum Vergleich: Die Staatsoper benötigt jährlich 45 Millionen Euro. Hinzu kommen Sanierungskosten.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Frau Weiss, Sie müssen noch auf die Frage von Herrn Gauweiler antworten!)

Die Opposition verlangt, in diesen schwierigen Zeiten ein Mehrfaches auszugeben. Dass das nicht möglich ist, ist nicht nur für diejenigen leicht zu erkennen, die sich mit dem Haushalt befassen. Der Vorschlag der Union, für die Staatsoper eine andere Institution zu opfern, ist fahrlässig und unausgegoren. Stellen Sie sich das bitte einmal vor! Das würde bedeuten, dass wir die Berlinale abschaffen und den Etat des Jüdischen Museums kürzen würden.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ach was! Frau Weiss, das ist völlig unseriös! Das ist wirklich Quatsch! – Gegenruf der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die nackte Wahrheit!)

45 Millionen Euro aus unserer Kulturförderung für Berlin herauszuschneiden ist nur durch Opferung mehrerer Institutionen denkbar.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich darf noch etwas zu dem Thema sagen: „Eine Kulturnation leistet sich eine Oper.“ Deutschland als **Kulturnation** leistet sich etwa 80 Opern.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt in Deutschland nicht nur eine Staatsoper, sondern es gibt auch welche in Hamburg, Hannover und München. Die Frage sollte erlaubt sein: Sind diese Häuser der Staatsoper unter den Linden nicht mehr als ebenbürtig? Wird nicht auch hier ein provokantes, häufig gelobtes Musiktheater geboten? Ich weiß, dass München eine sehr gute Oper hat. Mich wundert eher, dass Sie von uns nicht fordern, diese Oper zu übernehmen, weil es die beste in Deutschland ist.

Soll der Bund alle Staatsoper sammeln? Darüber können wir vielleicht verhandeln. Aber dann müssen wir auch über die **Kulturhoheit** der Länder verhandeln.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Wir haben gerade eine Föderalismuskommission!)

– Ich wäre nicht unglücklich, wenn sich die Föderalismuskommission vernünftig mit dem Thema der Kulturhoheit befassen würde.

(Dr. Peter Gauweiler [CDU/CSU]: Dümmer können Sie sich nicht ausdrücken!)

Der neue **Hauptstadtkulturvertrag** ist mit der Tinte des Realismus geschrieben.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Was?)

Wir haben uns für praktikable Lösungen, nicht für das teuerste aller denkbaren Modelle entschieden.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Jetzt widersprechen Sie sich doch!)

Die drei Berliner Opernhäuser werden unter dem Dach der Stiftung selbstständige GmbHs. Sie sind künstlerisch und wirtschaftlich autonom. Sie erhalten Planungssicherheit und können Rücklagen bilden, um sich damit für die Zukunft abzusichern.

Die Opernstiftung steht am Ende einer leidigen Debatte. Sie ist das Ergebnis der Vernunft und ein Beispiel für modernes Theatermanagement. Wir wollen die Berliner Reform auch deshalb transparent und exemplarisch machen, damit sie als Vorbild für andere Kulturinstitutionen gilt.

Herr Gauweiler, ich habe erlebt, dass Sparen für Kulturinstitutionen nur dann möglich ist, wenn sie eine funktionsfähige Struktur haben. Es ist nicht möglich, wenn sie als Riesenabteilungen von Behörden betrieben werden.

(A) (Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Frau Ministerin, gestatten Sie eine
Zwischenfrage des Kollegen Gauweiler?

**Dr. Christina Weiss, Staatsministerin beim
Bundeskanzler:**
Ja.

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):
Frau Ministerin, könnten Sie bitte noch auf die
Frage eingehen, ob in der
Verwaltungsvereinbarung mit dem Land Berlin,
die Sie für die nächsten Tage angekündigt
haben, von Ihnen ein Parlamentsvorbehalt
vorgesehen ist oder nicht?

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Warum lassen Sie sie
denn nicht ausreden?)

**Dr. Christina Weiss, Staatsministerin beim
Bundeskanzler:**

Ich bin Ihnen dankbar, Herr Gauweiler, weil Sie
mir jetzt die Brücke von dem einen Thema zum
dem anderen gebaut haben. Wir haben einen
Hauptstadtkulturvertrag unterschiftsreif
vorliegen. Er ist paraphiert und, wenn Sie so
wollen, unterschrieben mit dem Vorbehalt, dass
der Senat am nächsten Dienstag zustimmen
wird. Dort zeichnet sich aber keine Ablehnung
ab.

(B)

Der Hauptstadtkulturvertrag, Herr Gauweiler,
muss doch ein flexibles Instrument sein, das unser
Miteinander und auch den Vollzug der
Opernstiftung regelt. Der Vertrag regelt in erster
Linie die Übernahme der Institutionen und die
Fortsetzung unserer alten Vereinbarungen. Er hat
aber einen Paragraphen, den § 5, mit dem sich
die Bundesregierung vorbehält, dem Land Berlin
weniger Geld zu geben, falls Berlin den Entwurf
der Stiftung nicht umsetzt oder erheblich
verändert umsetzen wird.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Das ist doch
nicht die Antwort!)

Wir brauchen keine Zementierung in Form eines
Staatsvertrages; wir brauchen ein flexibles
Instrument.

(Dr. Peter Gauweiler [CDU/CSU]: Also
machen Sie keinen
Parlamentsvorbehalt?)

– Wir haben einen Vorbehalt im Vertrag
formuliert und wir haben im Haushaltsausschuss
zugesagt, dass wir mit den Berichterstattern über
jede Veränderung bei der Umsetzung des
Stiftungsentwurfs verhandeln.

Abg. Günter Nooke [CDU/CSU] und
Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt]
[FDP] melden sich zu einer
Zwischenfrage – Monika Griefahn [SPD]:
Wir machen keine Podiumsdiskussion! –

Gegenruf des Abg. Günter Nooke
[CDU/CSU]: Wir führen eine kulturelle
Debatte!)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen
gesagt, dass wir keine zementierte Form
brauchen. Es gibt in solchen Fällen nie
Staatsverträge. Es gibt Vertragsabschlüsse, die
flexibel genug sind, um reagieren zu können,
wenn sich die Situation ändert.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Das Wort hat der Kollege Hans-Joachim Otto,
FDP-Fraktion.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]:
Frau Präsidentin, ich hatte mich eben
gemeldet, um eine Frage zu stellen! Ich
möchte diese Frage stellen, bevor ich
rede!)

– Herr Kollege Otto, ich habe die Zwischenfrage
deshalb nicht zugelassen, weil die Redezeit weit
überschritten war und Sie der nächste Redner
sind. Ich bitte Sie, jetzt ans Rednerpult zu
kommen und Ihre Rede zu halten.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Das gilt für mich
nicht! Ich bin nicht Redner!)

– Dasselbe gilt für Herrn Nooke. Die Redezeit der
Frau Ministerin war überschritten. (D)

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Aber sie hat
geredet! Dann darf ich auch fragen,
wenn sie mich beschimpft!)

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!
Sehr geehrte Frau Staatsministerin Weiss, ich will
Ihre letzten Worte aufgreifen. Wir brauchen
keine zementierte Regelung, wir brauchen eine
flexible Regelung. Die Frage, die ich Ihnen gerne
stellen wollte und leider nicht stellen durfte,
lautet: Wenn Sie denn wirklich eine flexible
Regelung wollen, weshalb machen Sie
überhaupt eine Verwaltungsvereinbarung?
Weshalb machen Sie vor allem eine
Verwaltungsvereinbarung, die gar nicht mehr
kündbar ist und die laut § 8 dieses Vertrages die
Beziehungen zwischen dem Bund und dem Land
Berlin abschließend regelt?

Ich will es Ihnen in aller Klarheit sagen: Wir
wollen eine flexible Regelung. Wenn Sie aber
jetzt eine Verwaltungsvereinbarung vorsehen,
die nicht mehr kündbar ist und durch die viele
Hundert Millionen Euro pro Jahr zwischen dem
Bund und dem Land Berlin hin- und
hergeschoben werden, dann bedeutet das eine
klare Brückierung dieses Parlamentes.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Das will ich Ihnen sagen, damit Sie wissen, woran
Sie sind. Sie werden von uns Widerstand und
harte Kritik erfahren, wenn Sie diesen Vertrag

- (A) abschließen, weil Sie dem Parlament seine Rechte nehmen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sind auch Bundestagsabgeordnete. Wie darf ich es verstehen, dass eine zentrale Frage der Hauptstadtkultur unter Ausschluss der Beteiligung des Bundestages geregelt wird? Das ist nicht akzeptabel; das ist nicht gut.

(Beifall bei der FDP und der CDU/ CSU – Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Was denken Sie denn? Wenn wir das bei allen 250 Milliarden Euro im Haushalt machen würden!)

– Lieber Herr Schmidt, Sie sollten einmal darüber nachdenken, ob es in Ordnung ist, dass ein Bundestagsabgeordneter sich selbst die Möglichkeit der Regelung nimmt.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Übertreiben Sie doch nicht! Völliger Unsinn!)

Wenn dieser Antrag heute abgelehnt wird, bedeutet das eine Brückierung des Parlaments.

Die Kürze der Redezeit erlaubt mir nur noch, kurz und stichwortartig darauf einzugehen, warum wir für die von uns vorgeschlagene Lösung einer **eigenständigen Stiftung** sind. Viele Argumente sind bereits genannt worden. Ich möchte noch kurz zwei Gründe hinzufügen:

- (B) Erstens. Dass dem **Stiftungsrat** der Stiftung, die Sie neu einrichten wollen, nicht etwa nur der Kultursenator, sondern auch der Finanzsenator angehören soll, wirft ein Schlaglicht auf die Sache. Nachtigall, ick hör dir trapsen! Was passieren wird, wenn der Finanzsenator in den Stiftungsrat aufgenommen und das gesamte Stiftungsgesetz unter Haushaltsvorbehalt gestellt wird, wissen wir bereits. Das wäre ein schwerer Eingriff in die Unabhängigkeit der Bühnen und würde zu finanziellen Opfern führen.

Zweitens. Wir alle haben einen Brief des Vereins der Freunde und Förderer der Deutschen Staatsoper Berlin bekommen, in dem sie sich für eine **Bundeslösung** ausgesprochen haben und den alle Beteiligten unterschrieben haben.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das ist doch egoistisch! – Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Beteiligten sprechen sich für sich selbst aus!)

Die Beteiligten sprechen sich also für die Bundeslösung aus. Nennen Sie mir doch einmal jemanden, der Ihre Lösung befürwortet! Das ist weder bei der Komischen Oper noch bei der Deutschen Oper und schon gar nicht bei der Staatsoper der Fall.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie mahnen immer, auf die Betroffenen und Beteiligten zu hören. Hier äußern sich die Beteiligten! Sie sprechen sich für eine andere Lösung aus.

(Monika Griefahn [SPD]: Sagen Sie doch einmal, was wir herausschmeißen! Das würde mich wirklich interessieren!)

– Stellen Sie mir eine Zwischenfrage; dann beantworte ich sie. Denn meine Redezeit ist um.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sehen Sie, so gehen Sie vor. Sie schneiden mir in einer Kulturdebatte die Frage ab. Sie erlauben mir keine Frage an die Staatsministerin und Sie erlauben mir nicht, Ihnen zu antworten.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Keiner fragt, er antwortet! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da müssen Sie doch selber lachen!)

Ich bin ziemlich empört darüber, wie Sie vorgehen. Wir führen eine Kulturdebatte, aber Sie lassen es drei Minuten lang nicht zu, dass ich eine Frage stellen kann, und Sie erlauben mir nicht, auf Ihre Frage zu antworten. Ich muss Ihnen offen und in aller Klarheit sagen, dass ich das nicht in Ordnung finde.

(Beifall des Abg. Günter Nooke [CDU/ CSU] – Heiterkeit bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Otto, Sie haben bereits vier Minuten geredet und damit praktisch die für eine Frage zur Verfügung stehende Zeit gehabt.

(Christian Freiherr von Stetten [CDU/CSU]: Der Kollege Gauweiler meldet sich seit einer halben Minute zu einer Zwischenfrage!)

– Die Redezeit des Kollegen Otto ist bereits seit einer Minute abgelaufen. Ich lasse keine weitere Zwischenfrage zu.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):

Wenn Sie das für überzeugend halten, dann machen Sie so weiter. Angesichts dessen, was sich hier abspielt, müssen Sie sich wirklich ein Armutszeugnis ausstellen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU – Monika Griefahn [SPD]: Stellen Sie das einmal im Ausschuss zur Diskussion! – Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So kann man ein Thema auch diskutieren! – Günter Nooke [CDU/CSU]: Ich habe mich vorher ganz ordentlich während der Redezeit gemeldet! Das läuft hier nicht fair!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Antje Vollmer, Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Passen Sie auf, Herr Nooke! Kritik an der Präsidentin ist nicht erlaubt. Ich meine damit nicht mich, sondern Frau Kastner.

(A) (Günter Nooke [CDU/CSU]: Ich habe nur gesagt, das läuft nicht fair! Wer dafür verantwortlich ist, das wissen andere!)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegenden Anträge scheinen mir ein bisschen der Parole „Lass verspätet tausend Blumen blühen“ zu folgen. Denn die beiden vorliegenden Anträge kommen zu spät. Ich muss mich schon wundern. Wenn Ihnen die Staatsoper Unter den Linden so wichtig gewesen wäre – mir ist sie sehr wichtig –, dann bräuchte ich Sie nicht daran zu erinnern, dass bereits seit mehr als fünf Jahren intensiv darüber diskutiert wird.

Sie geben an dem Tag eine Presseerklärung ab, an dem die gesamte Rettung der Opernlandschaft im Haushalt verankert worden ist.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommen sie!)

Jetzt, nachdem alles geregelt ist, bringen Sie Ihren Antrag in den Bundestag ein. Schon das spricht nicht besonders für Seriosität.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Vollmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Nooke?

(B) (Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Jetzt ist es wohl rechtzeitig!)

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):
Aber klar, Herr Kollege Nooke.

(Beifall bei der FDP)

Günter Nooke (CDU/CSU):

Liebe Kollegin Vollmer, stimmen Sie mit mir darin überein, dass wir zurzeit bei den Haushaltsberatungen sind – und zwar zwischen der ersten und zweiten Beratung des Haushaltes für 2004 –, dass heute im Abgeordnetenhaus zu Berlin zum ersten Mal über die Stiftungslösung für die drei Opern, die man unter einem Generalintendanten fusionieren möchte, verhandelt wurde und dass erst nächste Woche in Berlin eine Anhörung zu diesem Thema stattfinden wird, dass wir uns also mitten in dieser Debatte befinden und damit noch rechtzeitig kommen, um eine vernünftige Lösung auf den Weg bringen zu können?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Stimmen Sie mit mir überein, lieber Herr Nooke, dass über die Probleme der Berliner Kulturlandschaft schon zu der Zeit, als Herr Stölzl noch Kultursenator war, diskutiert worden ist, dass Herr Stölzl damals ein Papier vorgelegt hat, das dem, was wir verabschiedet haben, außerordentlich nahe gekommen ist, dass er es aber damals nicht verstanden hat, dafür eine politische Mehrheit zu organisieren, dass sich

auch die CDU/CSU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus für unser Modell ausgesprochen hat und dass Sie nun plötzlich – wie Zielen aus dem Busch – ein alternatives Modell vorlegen, das auch von Ihrer Parteivorsitzenden unterstützt wird? Ich wundere mich, wofür Ihre Parteivorsitzende in diesen Tagen Zeit hat.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Das Ganze ist schon sehr komisch. Ich bleibe dabei, dass Sie Ihr Modell erst sehr spät vorgelegt haben.

(Günter Nooke [CDU/CSU]: Unsere Parteivorsitzende interessiert sich im Gegensatz zu Ihrem Parteivorsitzenden nun einmal für Kultur! – Unruhe beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

– Darf ich jetzt weiterreden?

(Glocke der Präsidentin)

Erstens haben Sie, wie gesagt, Ihr Modell sehr spät vorgelegt. Zweitens scheint es mir das Ergebnis eines verzweifelten **Lobbyismus** zu sein. Herr Otto, Sie haben gesagt, die Beteiligten sprächen sich für das in dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU und FDP vorgeschlagene Modell aus. Wenn ich das richtig sehe, hat sich nur ein beteiligtes Haus, in dem der Widerstand besonders groß ist, dafür ausgesprochen. Das ist normaler Lobbyismus, normale Interessenvertretung, stellt aber keineswegs die breite Front der Betroffenen dar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Wer spricht sich denn für Ihr Modell aus? – Günter Nooke [CDU/CSU]: Nicht einmal die Abgeordneten in Berlin!)

– Alle Vertreter, die an den langen Gesprächen teilgenommen haben, übrigens auch die der Staatsoper Unter den Linden, die während der Verhandlungen sehr unterschiedliche Signale ausgesendet haben. Darauf muss auch hingewiesen werden.

Drittens. Ich finde, dass Sie bei der Formulierung Ihres Vorschlags außerordentlich reformfaul waren.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Da wir alle im Moment über die beste Reform streiten, frage ich: Wo ist denn Ihr **Reformvorschlag**? Sie haben lediglich den Finanzierungsvorschlag gemacht, die Staatsoper Unter den Linden in die Zuständigkeit des Bundes zu geben. Aber von Reformen ist in Ihrem Antrag nichts zu lesen. Ich weiß auch nicht, was es mit einer Reform zu tun hat, ein Haus in einen sicheren Hafen zu bringen.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Frau Kollegin Vollmer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Otto?

(A) **Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**
Ja, gerne.

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):

Ich bin ganz beglückt, dass ich jetzt eine Zwischenfrage stellen darf. – Verehrte Frau Kollegin Dr. Vollmer, sind Sie bereit, mir zuzugestehen, dass justament heute im Berliner Abgeordnetenhaus – dort gehört das auch hin – der Entwurf eines **Gesetzes zur Reform der Bühnen von der FDP-Fraktion** vorgelegt worden ist? Wissen Sie davon? Sie haben ja behauptet, dass wir reformfaul seien.

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich muss leider zugeben, dass ich nicht wusste, dass Sie einen Reformvorschlag gemacht haben. Das finde ich schön. Er kommt trotzdem sehr spät. Wenn Sie ihn mir zuschicken, werde ich ihn mir gerne anschauen.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Zu dem Vorschlag einer Berliner Oper in Bundeszuständigkeit möchte ich anmerken – das ist ein sehr schönes Beispiel –, dass der Bund bislang nur an der **Oper in Bayreuth** beteiligt ist. Ich frage Sie ernsthaft: Möchten Sie angesichts der Erfahrungen, die wir bei der Besetzung des Intendantenpostens in Bayreuth gesammelt haben, und der Reformfähigkeit der Oper in Bayreuth – ich liebe dieses Haus genauso sehr wie Sie, Herr Gauweiler –, dass der Bund auch noch für die Berufung eines Intendanten an einer Berliner Oper zuständig ist? Ich glaube, diese Mühe sollten wir uns von ganzem Herzen ersparen. Vor diesem Hintergrund finde ich, dass Ihr Vorschlag ein bisschen lebensfern ist.

(B)

Ihre Vorstellung, dass sich der Bund zum Promoter eines Hauses machen soll, sollte aber auch Anlass geben, gründlich darüber nachzudenken, ob der **Lobbyismus** für ein einzelnes Haus – das kommt auch in anderen Bereichen, zum Beispiel in der Theaterszene, immer wieder vor – unserer heutigen Kulturlandschaft angemessen ist. Wir brauchen nicht mehr das Recht des Stärkeren oder – im Kulturbereich – das Recht des Genies, sich auf Kosten anderer durchzusetzen. Wir brauchen vielmehr auch im Kulturbereich das Engagement aller, um die ganze Kulturlandschaft zu erhalten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Die Frau Staatsministerin hat schon darauf hingewiesen, dass wir uns in einer ganz besonderen Situation befinden. Unser Land leistet sich nicht nur eine Oper, sondern 80 Opern. Und das eigentliche Signal für die Kulturlandschaft in Deutschland besteht darin, dass es die Hauptstadt schafft, sich unter diesem finanziellen Druck drei Opern zu leisten, indem sie sie dazu bringt, gemeinsam eine erfolgreiche Reform durchzuführen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Von der Schließung *einer* Oper – genau das wäre dabei herausgekommen, wenn der Bund eine Oper übernommen hätte – wäre das Signal ausgegangen: So können auch andere Städte vorgehen. Genau dieses Signal wollten wir nicht geben. Wir wollten vielmehr ein **Signal der Solidarität geben**: Alle sollten gemeinsam äußerste Anstrengungen unternehmen, um ihr Haus für die neuen Zeiten fit zu machen.

Im Übrigen ist das für Berlin außerordentlich wichtig. Alle wissen, dass Berlin auf lange Zeit kein Industriestandort mehr sein wird. In den drei Opern gibt es mindestens 3 000 **Arbeitsplätze**. Darüber hinaus gibt es im Umfeld dieser Häuser jede Menge Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich. Abgesehen davon muss man einmal sehen, was es für die Zukunft Berlins bedeutet, wenn man Kultur nicht nur als einen kulturellen, sondern auch als einen wirtschaftlichen, einen sozialen und übrigens auch als einen psychologischen Faktor für diese Stadt versteht.

Ich bin außerordentlich froh, dass wir diese Anstrengungen vollbracht haben. Ich bin froh, dass wir diese Verwaltungsvereinbarung in vielen Gesprächen mit den Beteiligten – man weiß, dass das mit Künstlern nie so besonders einfach ist – zustande gebracht haben. Ich kann nur alle auffordern, sich diesem Experiment nicht zu verschließen. Ich sage ausdrücklich: Ich bitte auch die Staatsoper, sich an diesem Experiment zu beteiligen. Ich bitte den Kultursenator, sobald wie möglich dafür zu sorgen, dass die Deutsche Oper endlich einen Intendanten bekommt, damit sie wieder mitreden kann.

Danke.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich gebe dem Kollegen Gauweiler das Wort zu einer Kurzintervention.

Dr. Peter Gauweiler (CDU/CSU):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich bin sowohl Frau Weiss als auch Frau Vollmer eine kurze Entgegnung schuldig. Frau Vollmer, ich kann zum einen nicht verstehen, warum Sie hier das Beispiel Bayreuth so ironisieren. Im Gegensatz zu Ihnen halte ich sowohl die finanzielle Struktur als auch die Art und Weise der Aufteilung der Verantwortung, in Bayreuth für sehr gelungen.

(Monika Griefahn [SPD]: Das ist nicht zu 100 Prozent der Bund! Das ist nämlich gedrittelt!)

Ich denke, dass es all diejenigen im Haus, die mit Bundeskultur beschäftigt sind, für sinnvoll halten, Bayreuth als Beispiel zu verstehen und nicht – nach dem Motto „Koste es, was es wolle“ – die Durchsetzung eines anderen Konzepts, von dem alle Beteiligten nicht überzeugt sind – dazu haben Sie nichts gesagt –, übers Knie zu brechen.

- (A) (Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Natürlich hat sie etwas dazu gesagt(!)

Frau Ministerin Weiss, ich stelle fest, dass Sie weder auf meine Frage noch auf die Fragen aus der Mitte des Parlaments noch auf die Anmerkung des Kollegen Otto eingegangen sind. Wir haben Ihnen – jenseits des Für und Wider dieser Anträge – vorgehalten, eine **Verwaltungsvereinbarung** ohne **Parlamentsvorbehalt** durch Ihre Beamten treffen lassen zu wollen.

Ich habe Sie ausdrücklich danach gefragt, ob in dieser **Verantwortungsvereinbarung** ein solcher **Parlamentsvorbehalt** enthalten ist. Sie haben dazu nur gesagt, dass es einen Vorbehalt zugunsten des Abgeordnetenhauses von Berlin bzw. des Berliner Senats gebe, dass es aber, obwohl der **Bundestag** seine **Haushaltsberatungen** noch nicht abgeschlossen hat, in dieser **Verwaltungsvereinbarung**, mit der **Haushaltsangelegenheiten** der nächsten Jahre geregelt würden, keinen **Parlamentsvorbehalt** gebe.

In § 8 der **Verwaltungsvereinbarung**, die Sie treffen wollen, heißt es ausdrücklich, dass damit eine **abschließende** Regelung seitens des Bundes getroffen sei. Ich bitte Sie, in diesem Hause zu erklären, ob Sie bereit sind, diesen Punkt dieser Vereinbarung zu ändern und dem Parlament das Recht durch **Parlamentsvorbehalt** zu belassen. Andernfalls schließen Sie sehenden

- (B) **Auges** einen rechtswidrigen Vertrag.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Herr Kollege Gauweiler, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass eine **Kurzintervention** nur gestattet ist, wenn man auf die vorherige Rednerin oder den vorherigen Redner eingeht. Sie aber haben auf die davor gehaltene Rede der Ministerin Bezug genommen. Das ist bei einer **Kurzintervention** eigentlich nicht zulässig.

Bitte schön, Frau Kollegin Vollmer.

Dr. Antje Vollmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Kollege Gauweiler, wenn Sie genau zugehört hätten, dann hätten Sie sowohl den Respekt, den ich in meiner Rede für die **musikalische** Leistung des **Bayreuther Festspielhauses** zum Ausdruck gebracht habe, als auch die nachdenkliche Frage vernehmen können, ob wir **Bundespolitiker** uns wirklich zumuten wollen, zum Beispiel über Fragen wie die nach der **Intendanz** einer Oper zu diskutieren. Derartige Fragen sollte man nicht im **Parteiengozänk** behandeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich meine, dass man an dem Beispiel **Bayreuth** sieht – das kann man durchaus auch mit einer gewissen Chuzpe für die Person von **Wolfgang Wagner** sagen –, dass die Politik in der Frage von **Intendantenberufung** und **Intendantenentlassung** nicht besonders

erfolgreich ist. Nur in dem Zusammenhang habe ich das gesagt.

Da ich jetzt auf die **Kurzintervention** eingehen kann, möchte ich noch etwas zu Ihrem **Vorschlag** sagen, die **Staatsoper** der **Stiftung Preußischer Kulturbesitz** zu übertragen. Sie bieten da jemandem ein Geschenk an, der es gar nicht haben will. Wenn Sie Professor **Lehmann** fragen würden, dann würde er sich herzlich bedanken. Er versteht etwas von **Sammlungen**, **Archiven** und **Museen**. Das entspricht der Aufgabe der **Stiftung Preußischer Kulturbesitz**. Er hat aber keine Kenntnisse darüber, wie mit einer **Oper** **verwaltungsmäßig** umzugehen ist. Ihr Geschenk ist also sozusagen in die Luft gepustet. Der, für den Sie es gedacht haben, will es gar nicht haben.

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Letzter Redner in dieser Debatte ist der Kollege **Eckhardt Barthel**, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Eckhardt Barthel (Berlin) (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe **Herrn Gauweiler**, **Herrn Nooke** und **Herrn Otto** zugehört und ich muss sagen: In der **Oper** habe ich schon schlechtere **Inszenierungen** erlebt als das, was sich hier abgespielt hat.

(Beifall bei der SPD)

Der schlimmste Vorwurf, den man (**D**)iner **Opposition** machen kann, ist eigentlich der, dass sie **Entwicklungen** verschlafen hat. Diesen **Vorwurf** muss ich Ihnen machen, sowohl betreffend die **Opernstrukturreform** als auch betreffend den **Hauptstadtkulturvertrag**.

Es ist schon mehrfach gesagt worden: Seit gut einem Jahr, wahrscheinlich sogar noch länger, diskutieren wir über die **Opernhäuser**. Wir haben das Thema schon im Ausschuss behandelt. Darüber ist berichtet worden. Ich habe mich gefragt: Was denkt eigentlich die **Opposition**?

(Cornelia Pieper [FDP]: Die ist im Gegensatz zu Ihnen lernfähig!)

Ich wüsste bis heute nicht, was sie denkt, wenn nicht plötzlich etwas passiert wäre, wovon ich doch ein bisschen überrascht worden bin. Da wird plötzlich wie **Kai** aus der Kiste eine neue **Stiftung** nur mit der **Staatsoper** hervorgeholt. Die ganze Geschichte wäre eigentlich eine lustige **Inszenierung**; ich sage Ihnen jetzt aber einmal ganz ernsthaft: Meine Sorge ist, dass Sie die **Staatsoper**, die so wichtig und so gut ist, durch diese **partei politischen Spielereien** in **Misskredit** bringen.

(Cornelia Pieper [FDP]: Was hat das denn mit Parteipolitik zu tun?)

– Das habe ich Ihnen gerade gesagt. Nachdem das Ganze schon in **trockenen Tüchern** war, sind Sie mit einem neuen Modell gekommen. Ich will Ihnen das auch noch einmal belegen.

- (A) (Monika Griefahn [SPD]: Das habe ich vor zwei Jahren auch schon probiert!)

Ich fand es bezeichnend, dass der Antrag nicht zuerst im Parlament vorgestellt wurde, sondern – ich bekam plötzlich eine Pressemitteilung – in der Staatsoper selbst, wo ja die Betroffenen sind, die gern alles haben wollen. Übrigens: Auch die Philharmoniker wollten schon mal zum Bund. Alle wollen zum Bund. Dafür gibt es gute Gründe. Da braucht man sich nur die Lage Berlins anzugucken.

Sie haben die Diskussion also nicht hier geführt, sondern in der Staatsoper. Dort saß Herr Genscher. Dem nehme ich das übrigens nicht übel. Er ist Vorsitzender des Vereins der Freunde und Förderer der Deutschen Staatsoper Berlin. Er ist Oberlobbyist im positiven Sinne für das Haus. Außerdem saßen dort die beiden Parteivorsitzenden. Herr Otto und auch Herr Gauweiler saßen daneben. Ich habe mich gefragt, in welchem Film ich mich eigentlich befinde. Ich tue Frau Merkel bestimmt nicht Unrecht, wenn ich sage: Frau Merkel versteht von der Opernstrukturreform so viel wie ich von der Tiefseeforschung.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was dort dazu gesagt wurde, wie die ganze Geschichte laufen soll, ist eigentlich nicht lustig, finde ich, sondern bedenklich für dieses Haus.

- (B) Ich will Ihnen den Hauptgrund für meine Bedenken nennen. Es hängt alles immer mit dem **Geld** zusammen. Die Frage war: Wie wollen Sie das bezahlen, wenn es denn gemacht werden könnte? Die Zahlen sind schon genannt worden. Frau Weiss hat es in diesen Zeiten geschafft, zur Unterstützung des Landes Berlin für die Opernreform 22 Millionen Euro – jetzt muss ich aufpassen – zu bekommen. Das ist eine hervorragende Leistung für die Kultur in der Hauptstadt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt wollen Sie die Staatsoper übernehmen. Dafür müssten Sie nicht nur 22, sondern 43 Millionen Euro in die Hand nehmen. Die Journalisten haben die Frage gestellt, wie das bezahlt werden soll. Die Antworten waren spannend. Frau Merkel sagte: Dann müssen wir uns einmal die anderen Institutionen angucken, die der Bund in Berlin finanziert. Jeder stellte sich sofort die Frage: Soll das Jüdische Museum für dieses Modell abgegeben werden? Herr Otto hat das wohl gemerkt und gesagt: Nein, wir sind mitten in der Haushaltsberatung. Wir müssen sehen, etwas über den Haushalt zu bekommen. Nun haben wir im Kulturausschuss schon zwei Haushaltsdebatten geführt, aber bis heute liegt kein Vorschlag der FDP vor, wie das haushaltsmäßig abgedeckt werden kann.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen meine ich, dass das, was Sie hier machen, unseriös ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulrich Eckhardt, der langjährige Chef der Berliner Festwochen, nannte die ganze Geschichte „Angelas Knallbonbon“. Ich glaube, damit trifft er es.

Meine Damen und Herren, wir unterscheiden uns in Folgendem: Sie blicken nur auf die Staatsoper – auch ich möchte sie weiß Gott erhalten und hoffe, sie blüht und gedeiht weiter –, wir aber berücksichtigen mit unserer Konzeption alle drei Opern in unserer Stadt. Da liegt der Unterschied zwischen Ihren beiden Anträgen, die wir hier vorliegen haben, und unserem Vorschlag.

Auch ich, Herr Gauweiler – da gebe ich Ihnen vollkommen Recht –, möchte nicht noch ein Theater schließen; denn ich habe erlebt, wie das Schiller-Theater geschlossen wurde. Ich möchte nicht, dass so etwas wieder passiert.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich sehe aber keine Chance, die Theater- und Opernstruktur im gesamten Land, nicht nur in Berlin, zu erhalten, wenn wir nicht mit kräftigen Reformen an die Strukturen herangehen. Sonst bricht uns das alles weg. Die Reformen, die in einer tollen strategischen Partnerschaft zwischen der BKM und dem Berliner Senat auf den Weg gebracht wurden, bieten die Chance – nicht mehr! –, unsere Kulturlandschaft (D) im Theaterbereich zu unterhalten.

Eigentlich würde ich Sie jetzt bitten, wenn ich nicht wüsste, dass das vergebene Liebesmühe ist: Unterstützen Sie unsere Vorgehensweise zum Wohle der Kultur in diesem unseren Lande!

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Frau Vorsitzende, eine Kurzintervention! – Gegenruf des Abg. Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Sie haben doch Ihre Redezeit schon verdoppelt!)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich erteile dem Kollegen Otto das Wort zu einer Kurz-intervention.

(Wilhelm Schmidt [Salzgitter] [SPD]: Das darf doch nicht wahr sein!)

Hans-Joachim Otto (Frankfurt) (FDP):

Lieber Kollege Barthel, Sie haben mir eben vorgeworfen, dass das, was wir hier beantragen, unseriös sei.

(Eckhardt Barthel [Berlin] [SPD]: Jawohl!)

Diesen Vorwurf halte ich für massiv, deswegen ergreife ich hier auch das Wort.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben keinen

(A) Deckungsvorschlag gemacht, Herr Otto!)

Ich möchte zunächst einmal darauf hinweisen, dass dies die erste Debatte über die Berliner **Opernstrukturreform** ist; ein Thema, das Sie selbst für wichtig erachtet haben. Dabei ist der Bund durchaus zuständig für Hauptstadtkultur.

Wir von der CDU/CSU und von der FDP haben reagiert, als wir gemerkt haben, welchen verheerenden Gang die Entwicklung nehmen würde, wenn der Vorschlag des Berliner Senats Realität würde.

(Beifall des Abg. Günter Nooke [CDU/CSU])

Es ist zwar wahr, dass die Debatte schon jahrelang läuft, aber den konkreten Vorschlag zu einem **Stiftungsgesetz** gibt es erst wenige Monate. Nachdem in der Debatte darüber die Schwierigkeiten deutlich wurden und wir gemerkt haben, dass niemand mit dieser Reform glücklich ist,

(Zurufe von der SPD)

weil die Verantwortlichkeiten verwischt werden und Verlustausgleiche stattfinden, haben wir die Notwendigkeit gesehen, im Interesse der Berliner Kultur und aller drei Opern – das füge ich hinzu – verantwortlich tätig zu werden.

Ich verwahre mich gegen den Vorwurf der Unseriosität. Darauf entgegne ich: Wenn Sie diesen Punkt für so wichtig erachten, dann dürfen Sie uns nicht die Möglichkeit nehmen, hier im Bundestag darüber zu diskutieren. Wenn Sie jetzt aber unseren Antrag, der darauf hinausläuft, die Kulturbeziehungen zwischen Berlin und dem Bund im Wege eines Staatsvertrages, also unter Beteiligung des Parlaments, zu regeln, ablehnen und keine Überweisung zulassen, dann muss ich Ihnen den Vorwurf der Unseriosität zurückgeben, denn dann lassen Sie es nicht zu, dass über diesen wichtigen Punkt hier im Hause weiter debattiert wird. Das halte ich nicht für seriös.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:
Herr Kollege Barthel, bitte.

Eckhardt Barthel (Berlin) (SPD):

Es wird Sie nicht überraschen, dass ich den Vorwurf der Unseriosität nicht zurücknehme, denn Sie haben die Kritikpunkte, die ich in der kurzen Redezeit, die mir zur Verfügung stand, genannt habe, nicht entkräftet. So lassen Sie mich noch einmal zu zwei Sachverhalten etwas sagen:

Das Erste: Der **Hauptstadtkulturvertrag** – es handelt sich hierbei ja schon um den zweiten – steht in der Kontinuität des ersten. Ich kann mich nicht erinnern, dass irgendjemand von Ihnen, als wir den ersten Vertrag geschlossen haben, jemals etwas Kritisches zu Form oder Inhalt angemerkt hat. Auch während der Laufzeit

dieses Vertrages wurde diesbezüglich nichts gesagt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN – Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Der war zeitlich begrenzt!)

Das Zweite – ich hoffe, ich bekomme das jetzt noch alles zusammen – ist die Aussage: Keiner will das. – Es gibt natürlich Partikularinteressen. Ich habe natürlich Verständnis dafür, dass jemand, dem es gut geht, sagt, dass die anderen es doch genauso machen sollen; dann bekommen sie schon etwas vom Kuchen ab.

Ich möchte nur einmal eine Gruppe in Berlin nennen, die sich sehr stark mit diesen Fragen beschäftigt hat: Sie heißt **„Kultur für Berlin“**. Der ehemalige Kultursenator von Berlin, Volker Hassemer, leitet sie. Das ist eine Gruppe, deren Mitglieder – auch Herr Nooke ist Mitglied; er hat das Papier gesehen, das sie jetzt geschrieben hat – aus breit gestreuten Bereichen kommen. Das sind keine Intendanten. Das sind die Leute, über die man sagen würde: Das ist die Crème de la Crème der Berliner Kulturszene. Die haben sich zu einzelnen Punkten durchaus kritisch geäußert. Das finde ich korrekt. Aber zu sagen: „Das will keiner, weil Leute aus dem eigenen Haus sich etwas Besseres versprechen“, ist nicht seriös.

(Beifall der Abg. Dr. Antje Vollmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das Dritte: Sie behaupten, es gebe zwischen den Institutionen eine **Querfinanzierung**.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Ja! Das ist sonnenklar!)

Ich bitte Sie, sich diesen Vertrag einmal anzuschauen – wenn das übrigens Stiftungsgesetz würde, dann würde das noch deutlicher –: Dieses ist ausgeschlossen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie behaupten das, haben aber keinen Beleg dafür. Insofern – Herr Otto, nehmen Sie es mir nicht übel – nehme ich meinen Vorwurf nicht zurück.

Meine letzte Bemerkung: Sie haben selbst zugestanden, dass wir schon über ein Jahr darüber diskutieren. Warum müssen Sie, wenn Sie das Thema für so wichtig halten, mit Ihren Vorschlägen warten, bis wir etwas einbringen? Warum ergreifen Sie nicht selbst die Initiative?

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das tun wir ja!)

Am Ende des Prozesses kommen Sie mit einem Papier.

(Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP]: Das ist die erste Lesung in Berlin)

– Wir sprechen seit einem Jahr darüber. Sie hätten selbst etwas in diese Debatte einbringen können. Sie haben es nicht gemacht. Sie müssen immer erst angestoßen werden und dann

(A) benutzen Sie das für die Durchsetzung von Partikularinteressen. Deswegen halte ich das für unseriös.

(C)

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird vorgeschlagen, die Vorlage auf Drucksache 15/1790 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Kultur und Medien und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss zu überweisen. Gibt es dazu anderweitige Vorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann ist die **Überweisung so beschlossen.**

Zusatzpunkt 5: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP auf Drucksache 15/1973 mit dem Titel „Staatsvertrag für die Hauptstadtkultur“. Wer stimmt für diesen Antrag? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – **Der Antrag ist mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der CDU/CSU und der FDP bei einer Enthaltung aus den Reihen der Koalition abgelehnt.**

(B)

(D)